

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell



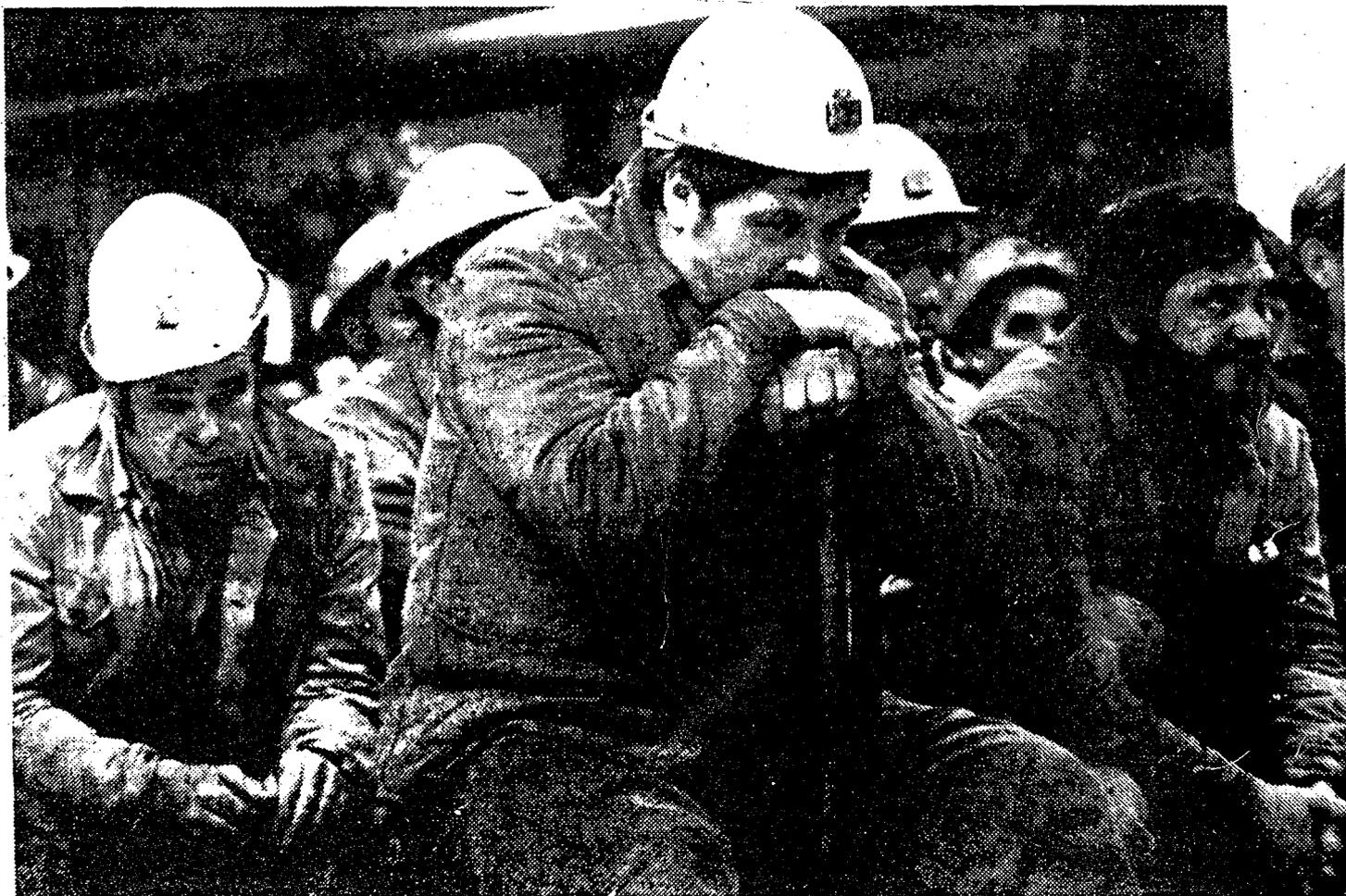
TATblatt *light*

MINUS 38 NUMMER

(1/92)

13. JANNER 1992

PREIS: öS 10,—



A bányászok a legelkeseredettebbek.

IN DIESER AUSGABE:

- Ungarn vor Generalstreik
- PKK vergiftet Generalstab
- Störung einer Nazi-Feier
- Warum dieses TATblatt so dünn ist

■ und wenig anderes

Wien

Do, 16.1.: Uni-Streik

Aktionstag und Warnstreik gegen die Uni-Politik

(worum es bei dem Aktionstag gehen soll und wogegen sich der Streik richtet entnehmen bitte dem Nachdruck des Flugis, welches — sofern es rechtzeitig fertig geworden ist — im Blattinneren zu finden ist.)

- 8 00 Uhr: Streikfrühstück im AudiMax der Hauptuni Wien
- 12 00 Uhr: Demo: Treffpunkt Unirampe!
- 18 00 Uhr: HörerInnenversammlung im AudiMax
- den ganzen Tag: Lehrveranstaltungslosigkeit auf der GEWI und wo immer du willst
- den ganzen Nachmittag: Informations- und Diskussionsmöglichkeit im AudiMax
- jeden Mittwoch: 16 00 Uhr Treffen des Aktionskomitees XYZ, das die Aktionen der verschiedenen Fakultäten koordinieren will, im Kommunikationsraum Geschichte (vis á vis der Zeitschriftenabteilung der Uni-Bibliothek im Hauptgebäude)
- jeden Mittwoch: 18 00 Uhr Plenum in der GEWI-Fak (Wien 9, Rooseveltplatz 5a; Telefon (0222) 43 93 54.

Naziveranstaltung im Kursalon Hübner gestört

(einige M.Novaks)

Drei Tage vor der Veranstaltung wurde bekannt, das eine der führenden österreichischen Faschistengrößen, GERD HONSIK, zu einer Julfeier (anm. weißalles-tipp.: altgermanischer Brauch zur Sonnenwende) am 21.12., 16:30 in den Kursalon Hübner einlud, um dort über "den Stand der Dinge" zu berichten. Verschiedene Gruppen beschlossen daraufhin so breit wie möglich zu mobilisieren. Es gab einige Aufkleber, Plakate, Flugblätter und viel Mundpropaganda. Damit wurde versucht sovielen Menschen wie möglich zu erreichen.

Zum Geschehen:

Zu Beginn der offiziell angemeldeten Gegenkundgebung um 15:30 fanden sich ca. 100 Antifas beim Treffpunkt U4 Station Stadtpark ein. Aber auch Einheiten der Alarmeinheit befanden sich bei der U-Bahnstation. Durch die übliche Verzögerung wuchs die Zahl der AktivistInnen auf ca. 120-150 an. Dann ging's los, die Antifas zogen durch die Johannesgasse zum Haupteingang des Kursalons Hübner los. Dort angekommen erwartete sie ein zusätzliches Polizeiaufgebot von etwa 300 Mann. Die Polizisten posierten sich im Park des Kursalons und versperrten den Haupteingang mit 3 Reihen. Die ersten Parolen wurden gerufen und es gab einen wirklich guten Redebeitrag. Dann kamen auch schon die ersten Faschisten, die teils ratlos herumstanden, teils von den Polizisten sicher in den Kursalon eskortiert wurden. Einige von Ihnen wurden mit Knallkörpern beworfen. Und einige überraschte Faschisten konnten vertrieben werden. Die Parolen wurden auch heftiger und direkter. Dann spalteten sich die Antifas, samt Transparenten, in drei Gruppen auf, um auch die restlichen Nebeneingänge zu blockieren. Nach einigem Stehen, Schreien und Warten löste sich die Kundgebung langsam auf, da vor Ort anscheinend nichts mehr zu erreichen war. Doch wurden noch einige Faschisten davon abgehalten, die Veranstaltung zu besuchen.

Die Veranstaltung konnte zwar nicht verhindert werden, doch war die Anzahl der anwesenden Antifas schon ein kleiner Erfolg, wenn mensch die 3 Tage Vorbereitungszeit berücksichtigt. Auch der Aufruf, Kameras und Fotoapparate mitzunehmen, hat sich durchaus bezahlt gemacht, denn vielen Faschisten war es sichtlich sehr unangenehm, vor einer Linse zu stehen.

Noch einige Informationen zu Gerd Honsik

aus einem der Aufrufflugblätter.

Er ist wohl einer der Hauptvertreter der "Auschwitzlüge" in Österreich (neben Walter Ochensberger). Diese versucht er in der von ihm herausgegebenen Zeitung "HALT" ständig zu beweisen. Auch mit "Mauthausengaskammern-Suchspielen" für SchülerInnen. In den 60er Jahren führte er einige

Anschläge durch (Brandanschlag auf ital. Botschaft,...). Honsik unterhält Kontakte zu allen Faschistengrößen im In- und Ausland von Le Pen bis Schönhuber. Er war Mitglied der NDP, Mitbegründer der Kameradschaft Babenberg, der AUS (Ausländer Halt Bewegung), Nationalen Front (aus deren Umkreis viele militante Faschisten stammen z.B. GOTTFRIED KÜSSEL).

1990 war er einer der Spitzenkandidaten der Liste "Nein zur Ausländerflut", die zwar zur Nationalratswahl nicht zugelassen wurde, aber noch immer aktiv ist (siehe deren Aufkleber).●



Prozeß gegen Nazi

(einige Antifas)

Am 10. Jänner 92 kommt es erneut zu einer Gerichtsverhandlung wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung. Angeklagt wird der Herausgeber der Zeitschrift "DER VOLKSTREUE" - FRITZ REBHANDL. Im "Volkstreuen", der vierteljährlich mit einer Auflage zwischen 4000 und 70.000 Stück erscheint, wird über die "Auschwitzlüge", die "jüdische Kriegserklärung an Deutschland", die "Kriegsschuld Polens" usw. berichtet. Das ganze rassistisch und antisemitisch verpackt. Im verlagseigenen Versand kann mensch Schallplatten mit den elf wichtigsten Reden Adolf Hitlers, das Buch "Adolf Hitler als Maler und Zeichner" bestellen. Fotos des "Führers" kommen in fast jeder Ausgabe mehrmals vor.

Wir rufen alle AntifaschistInnen auf, sich an dem Prozeß zu beteiligen (hinzugehen meinen wir).

Einige Infos Fritz Rebhandl:

Freiwilliger bei der SS, Salzburger Landessprecher der NDP und 1990 einer der Spitzenkandidaten der "Liste Nein zur Ausländerflut".

Prozeßort und -zeit bitte aus Tageszeitungen entnehmen !!●

Aktionseinheit gegen Rassismus und Faschismus

Wir trafen uns im Amerlinghaus und gründeten die AKTIONSEINHEIT GEGEN RASSISMUS UND FASCHISMUS. Wir verstehen uns als eine linke, antikapitalistische Aktionseinheit, die gegen Haider populistische Rechtspolitik, Löschnaks Asylgesetz, den faschistischen Straßenterror, gegen die rechtslastige Jusitz und gegen die ausländerInnenfeindliche Hetze auf allen Ebenen aufzutreten beabsichtigt.

Wir sind ein freier Zusammenschluß linker Menschen, der den Kampf gegen rassistische und faschistische Tendenzen als Ansatzpunkt gegen jedes System der Unterdrückung aufnimmt. Wir sind aber nicht bloß GegnerInnen von irgendetwas, sondern wir setzen uns für ein soli-

darisch-selbstbestimmtes Zusammenleben zwischen Geschlechtern und Menschen verschiedener Herkunft ein.

Unsere Aktionseinheit verstehen wir als eine längerfristige, die sich zur Aufgabe stellt, auf verschiedenen Ebenen gegen den herrschenden Rassismus unter der Bevölkerung etwas zu unternehmen, und den Faschismus, dort wo er auftritt, zu bekämpfen.

Als Grundlage für Aktionen diskutieren wir:

- breite Öffentlichkeitsarbeit wie Info-Tische, Soli-Konzerte, Aktionstheater
- Aufbau einer antifaschistischen Struktur, die rasche Mobilisierung gegen faschistischen Terror möglich macht.
- praktische Solidarität mit AusländerInnen und AsylantInnen

d) mittelfristiges Ziel soll große Demonstration oder Aktionstag sein.

Da diese Aktionen von vielen Menschen getragen werden soll, laden wir alle zu unserem nächsten Treffen ein, die mit uns kreativ im Kampf gegen rechts aktiv werden wollen.

Nächster Treff: Freitag, 17. Jänner 1992 im Amerlinghaus, 1070 Stiftgasse, 19 Uhr

Diskussionen soll es geben zu Themen:

- Wie kann antirassistische Aha-Erlebnis unter die Leute gebracht werden, z.B. durch Aktionstheater...
- Installation eines Antifa-Telefons; Information über rassistische Übergriffe, soll rasch gegen faschistischen Terror aktivieren.●

TATblatt lädt ein zum:

Projekt Solidaritätssteuer!



Endlich ist es soweit: das TATblatt sucht wieder mal einen neuen Weg um an eine Menge Geld zu kommen. Seit drei Jahren gibt's nun das TATblatt und ebenso lange gibt es Menschen die viel Zeit, Kraft und Energie in dieses Projekt stecken, ohne einen Groschen dafür zu sehen. Wir wollen jetzt keine Lobhudelei betreiben, doch wir meinen, es ist nicht ohne, in einem Land wie Österreich 3 Jahre lang kontinuierlich ein Medium herauszugeben, das "Nachrichten aus dem Widerstand" an die Öffentlichkeit bringt.

Wir wollen weiterhin das TATblatt herausgeben, aber nicht unter Bedingungen wie sie bisher bei uns vorherrschten. Ein Großteil unserer Zeit ging mit technischem Krimskrams verloren, mit Checkereien die nichts mit dem Inhalt der Zeitung zu tun hatten. Oft ist es um vieles schwerer, die Zeitung "herauszugeben", als sie mit Inhalt zu füllen.

Wir wollen uns nicht länger mit technischen Sachen herumschlagen, wir wollen diesen Bereich auslagern. Das heißt konkret, wir werden die fertige Zeitung am Montag zur Druckerei bringen und sie Dienstag nachmittag fixfertig zusammengelegt erhalten (und somit entfällt endlich das lästige und zeitraubende händische Zusammenlegen + Falzen).

Wir gewinnen dadurch viel Zeit für die inhaltliche Gestaltung des TATblatts und in der Folge wieder die Freude am "Zeitungsmachen".

Doch jetzt zum Wesentlichen:

Das TATblatt-Kollektiv hat beschlossen, ab 1.3.92 diese Arbeiten mit Hilfe einer Druckerei durchführen zu lassen. Die erledigen das natürlich nicht umsonst und so werden wir durch diese Arbeiten rund 12.000.-öS pro Monat mehr benötigen. Bei diesem gewaltigen Loch haben wir natürlich an eure Solidarität gedacht und deshalb zurück ...

... zum Projekt Solidaritätssteuer:

Wir suchen ab sofort und ganz, ganz dringend Menschen, die sich selbst besteuern. Kleines Rechenbeispiel: 120 Menschen, die monatlich 100.-öS an uns überweisen, würden genügen, um unsere Vorstellungen zu verwirklichen.

und so funktioniert:

Als Untergrenze der Solisteuer haben wir uns 50.-öS/Monat gedacht. Diesen Betrag könnt ihr nach Belieben erhöhen/vervielfachen.

Die Solisteuer überweist ihr uns dann einfach per Dauerauftrag auf unser Konto:

P.S.K. 7547.212

Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

Dann schickt ihr uns eine Postkarte mit eurem Namen + Adresse, damit wir euch das TATblatt auch zusenden können.

Und zwar an folgende Adresse: TATblatt; Gumpendorferstr.157/11; 1060 Wien

Also überlegt euch, wie wichtig euch ein Medium wie das TATblatt ist (zwei Bier, ein Kinobesuch, ein Konzert, zwei Packerl Zigaretten, ein Doppler Wein...../Monat sind für viele von uns kein Problem - wie wichtig ist uns ein linkes Projekt?) und helft uns massigst, um unser Vorhaben in die Realität umzusetzen.

Falls wir bis Anfang März zu wenig Geld zur Verfügung haben, um das TATblatt drucken zu lassen, werden wir den Preis des TATblatts drastisch erhöhen. Wir haben keine Lust mehr, uns mit sinnlosen Tätigkeiten selbst auszubeuten, wir erhoffen uns 'ne Menge Solidarität(ssteuer).

**Helft mit, damit die Nachrichten aus dem Widerstand
auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!!!**

Hamburg: Freiheit für Knud und Ralf!

Am 29. 07. vergangenen Jahres, nur wenige Tage nach der Räumung des Flora-Parks in Hamburg, wurden Knud und Ralf von Zivilfahndern des Landeskriminalamtes (LKA) Hamburg festgenommen. Es wird ihnen vorgeworfen, sie hätten Betonplatten und andere Gegenstände auf die Gleise der Bahnlinie Hamburg-Kiel gelegt. Die beiden haben einen Zusammenhang dementiert und erklärt, daß diese Tat ihrer persönlichen und politischen Überzeugung widerspreche (Näheres siehe TATblatt minus 43 und minus 42). Dennoch sitzen sie immer noch in Itzehoe in Untersuchungshaft. Haftgrund war "Fluchtgefahr" wegen der Höhe der zu erwartenden Strafen (ein bis fünf Jahre).

(Soligruppe Knud & Ralf, TATblatt-Wien)

Am 20. September fand auf Antrag der Anwältinnen und Anwälte eine Haftprüfung statt. Der Haftrichter ist umfangreiches Material vorgelegt worden, das die angebliche Begehung der Tat durch Ralf und Knud aus persönlichen und politischen Gründen ausschließt. Außerdem wurde gezeigt, daß sich die Beweisführung einzig auf die Aussage der LKAler stützt und darüber hinaus die Beweislage haltlos ist. Auch der U-Haft-Grund "Fluchtgefahr" wurde erneut widerlegt, da beide einen festen Wohnsitz und feste Bindungen haben, und einer geregelten Arbeit bzw Studium nachgehen.

Genau das Gegenteil des Erhofften ist eingetreten: Die Staatsanwältin beantragt die Erweiterung des Haftbefehls auf "versuchten Mord", die Haftrichter stimmte zu! So besteht nun die Möglichkeit, Ralf und Knud ohne weitere Begründung in U-Haft behalten zu können (Schwere des Delikts).

Es liegt nahe, die Inhaftierung der beiden, die sich als Teil der radikalen Linken auch aktiv für den Flora-Park eingesetzt haben, im Zusammenhang mit dessen Räumung zu sehen. Ziel scheint es zu sein, politisch aktive Menschen (und deren Aktionen) öffentlich zu kriminalisieren und dadurch einzuschüchtern (und mit ihnen

Gleichgesinnte, die bisher den Schritt zum aktiven Widerstand noch nicht gewagt haben).

Da die vorgeworfene Tat aber nichts mit linken Zielen und Inhalten zu tun hat, wird das Verfahren nicht, wie sonst üblich, von einer Pressekampagne gegen linke Inhalte begleitet. Jeder politische Zusammenhang wird im Verfahren und in der Presse gelehnet.

Es geht darum, aufzudecken, daß unter dem Vorwand einer "gewöhnlichen" kriminellen Tat aktive Linke mundtot/aktionsunfähig gemacht werden sollen, um diese Vorgangsweise auch in der Zukunft zu verhindern zu können. Nicht nur für Ralf und Knud ist das eine existentielle Frage!

Es gibt eine Solidaritätsgruppe, die sich

um die beiden kümmert und versucht, eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Seit Oktober finden 14-tägig Häfendemonstrationen statt, auch andere Aktionen/Veranstaltungen gab es schon. Für 11. Jänner ist eine Demonstration in Itzehoe geplant, danach eine Großveranstaltung in Hamburg, da die Hauptverhandlung voraussichtlich im Jänner beginnt. ●

Kontakt:
Solidaritätsgruppe Knud & Ralf
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstraße 15
2 Hamburg 36
Adressen der Gefangenen:
Knud Andresen, Ralf Gauger
Landgericht Itzehoe
Breitenburgerstraße 68
2210 Itzehoe

Türkei/Kurdistan:

Hungerstreik erfolgreich

(Kurdistan-Rundbrief)

Die über 500 (vor allem kurdischen) politischen Gefangenen, die ihren Hungerstreik mit der Schließung des Isolations- und Todeszellen-Gefängnisses Eskisehir und der Zurückverlegung der Gefangenen in ihre früheren Gefängnisse nach drei Wochen beendet haben, erklärten, daß in die-

sem Punkt ihre Aktion erfolgreich war. Dieser Erfolg ist vor allem auch auf die breite Unterstützung und Solidarität außerhalb der Gefängnisse — nicht nur von Angehörigen — zurückzuführen.

Sowohl die politischen Gefangenen, als auch ihre Angehörigen erklärten jetzt, daß nach diesem Teilerfolg der Kampf jetzt weitergeführt werden wird. Und zwar für die noch nicht erfüllten Forderungen der Freilassung der § 125-Gefangenen (wegen "Separatismus" Verurteilte, die durch diesen Paragraphen von dem "Gesetz zur Freilassung unter Bedingungen" grundsätzlich ausgenommen sind) und der Abschaffung des "Anti-Terror-Gesetzes".

Aus einer Presseerklärung der politischen Gefangenen: *"Bevor keine Änderungen bezüglich des § 125 auf die Tagesordnung kommen, kann von Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte nicht die Rede sein. Die Durchführung des "Gesetzes zur Freilassung unter Bedingungen" ist eine offene Rechtsverletzung. In den Gefängnissen sind nur noch die nach § 125 Verurteilten und Untersuchungsgefangene, die nach § 125 angeklagt werden, zurückgeblieben. Mit diesem Gesetz ist wieder einmal die Ungleichbehandlung der kurdischen Gefangenen deutlich geworden."*

Auch die Angehörigen unterstützen den Kampf der politischen Gefangenen weiter. ●

TÜRKEI:

PKK vergiftete Generalstab

(Was Lefft)

Am 2. Dezember hat eine Stadtguerilla-einheit der ARGK den türkischen Generalstab in seiner Hochsicherheitskaserne in Istanbul an der empfindlichen Stelle getroffen: am Magen. An diesem Tag reichte die Küche im Offizierkasino vergiftete Suppe und vergifteten Kaffee. Davon getrunken haben der Oberste Generalstabschef Güres, der Chef des Heeres, sowie bis zu 20 weitere Militär- und Zivilpersonen. Da die türkische Regierung über den Vorfall sofort eine Nachrichtensperre verhängte, ist über den Erfolg dieser Aktion nichts bekannt. Fast alle der hohen Offiziere sollen tot sein oder im Koma liegen. Lediglich der Generalstabschef Güres hatte die Sache gerochen und kam so mit dem Leben davon; wenige Tage später zeigte er sich in der Öffentlich-

keit, um dies zu demonstrieren. Wie die PKK am 5.12.91 erklärte, sieht sie die Generäle zur Zeit als größte Gefahr für eine mögliche Demokratisierung und eine damit verbundene politische Lösung der Frage eines kurdischen Staates an. So war die Aktion nicht nur ein "konkretes Zeichen dafür, daß wir die Stärke und Fähigkeit besitzen, sie überall zu schlagen", sondern vor allem "eine ganz kleine Warnung".

Mögen die Generäle auch austauschbar sein und neue nachrücken; eines haben die Guerillas von Istanbul immerhin geschafft: Einer Meldung der türkischen Zeitung Günes zufolge hat die türkische Armee alle Soldaten aus dem Südosten der Türkei (Nordwestkurdistan) vom Küchendienst ausgeschlossen. ●

AIDS-Kampagne: Eine Überdosis an Verunsicherung

Es ist wieder einmal soweit. Von einer Kampagne ist die Rede, von Aufklärung und von Aids. Ab und zu scheint sich bei einigen, die sich zuständig fühlen sollten für Gesundheit, Aufgeklärtheit, Hilfe und Unterstützung nicht betroffener und/oder betroffener Menschen in unserer Bevölkerung, das schlechte Gewissen zu regen. Rept sich doch sonst fast nichts. Medien, wie zum Beispiel das Fernsehen mit öffentlich-rechtlichem Bildungsauftrag, bedecken sich schamvoll mit Feigenblättern des Schweigens, während sich im benachbarten Ausland fundierte Sendungen über Aids die Studiotüren in die Hand drücken.

(Diesen Artikel haben wir aus *tamtam* 10/91 übernommen, weil uns erstens die "Kampagne" auch sauer aufgestoßen ist und wir ihn zweitens sehr gut finden. Außerdem haben wir den ehrgeizigen Plan, hiermit eine "Aufklärungsreihe" über Aids zu starten, die sich kein Blatt vor den Mund nimmt — in Zusammenarbeit mit schwullesbischen Gruppen und der Aids-Hilfe. Es soll endlich einmal klar und deutlich ausgesprochen werden, worum es geht. Wir haben es bitter nötig.)

(tamtam)

Es findet schlichtweg keine Auseinandersetzung über diese Thematik statt, die so in das Bewußtsein aller Bevölkerungsschichten eindringen könnte, daß Aids als menschliche Krankheit zu begreifen gelernt wird, auf die zwischenmenschlich reagiert werden kann. Aids ist nach zehn Jahren immer noch ein Wort mit vier Buchstaben geblieben, unendlich weit weg, unnahbar, eine Metapher. Doch der metaphorische Umgang mit einer Krankheit ist gefährlich, macht krank — Susan Sonntag hat dazu bereits festgestellt, "daß die ehrlichste Weise, sich mit ihr auseinanderzusetzen — und die gesündeste Weise, krank zu sein -, darin besteht, sich so weit wie möglich vom metaphorischen Denken zu lösen, ihm größtmögliche Widerstandskraft entgegenzusetzen."

Aber statt einer fundierten Thematisierung, die in viele Lebensbereiche eindringt, diese verbindend überlagert, hat sich eine allgemeine Stimmung der Ignoranz, des Schweigens, des Verdrängens breitgemacht. Gelegentlich von hilflosen Eruptionen, die sich dann "Kampagne" nennen, unterbrochen. Aber wir wollen jetzt nicht ins Weinerliche abgleiten. Nein!

BEGRIFF "KAMPAGNE"

Die Bezeichnung "Kampagne" drückt schon in genügender Form die Isoliertheit solcher Aktionen aus: gibt es doch seit Bekanntwerden des Aidsvirus in Österreich — und da sind inzwischen schon mehr als zehn Jahre vergangen — kein übergeordnetes Konzept einer kontinuierlichen Aufklärungsarbeit. Jedenfalls ist keines ersichtlich. In keiner Weise wird verbindend und verbindlich das Wissen um das Virus, der Umgang mit der Krankheit, der Abbau von Diskriminierung, undsoweniger, undsofort verbreitet und verbreitert. Es ist sinnlos in der Bevölkerung nach fundamentalen Ecksteinen der (Er-)kenntnis zu suchen, weil es sie nicht gibt. Die geleistete staatliche Aufklärungsarbeit ist rein punktuell, Aufbauarbeit ist weder im allgemeinen noch in den einzelnen "Kampagnen" im speziellen zu erkennen.

Verantwortungen werden an Werbeagenturen abgetreten, ein Wettbewerb wird angesagt und ausgeschrieben. Hurra, es geht aufs neue los! Sieht man dann die Ergebnisse, so scheint ein bestimmter Wissensstand und eine bestimmte Selbstverständlichkeit im Umgang mit dem Virus und der Krankheit unhinterfragt vorausge-

setzt zu werden (Einmal abgesehen von gravierenden Falschinformationen, die gleichzeitig mitgeliefert werden und auf die weiter unten noch eingegangen wird).

ERSCHRECKENDE UNWISSENHEIT

In letzter Zeit durchgeführte Untersuchungen mit besorgniserregenden Ergebnissen (siehe *tamtam* 7/91 und 9/91) sind den Verantwortlichen entweder nicht bekannt oder wurden ignoriert. So folgern zum Beispiel in der Studie des Ludwig Boltzmann Instituts für Medizinsoziologie über Möglichkeiten von Aids-Aufklärung und Sexualerziehung bei Jugendlichen die Autoren Dür, Haas und Pelikan, daß die Botschaft der konsequenten Kondombenutzung als noch nicht erreicht zu bezeichnen ist. Eklatante Wissensgräben tun sich bei Prävention und Übertragung auf: wenn 70 % der Befragten den Zungenkuß, 31 % die Selbstbefriedigung, 30 % Insektenstiche und 11 % das gemeinsame Zigarettenrauchen für riskant halten, dann muß doch irgendwo der Wurm sitzen. Message understood??

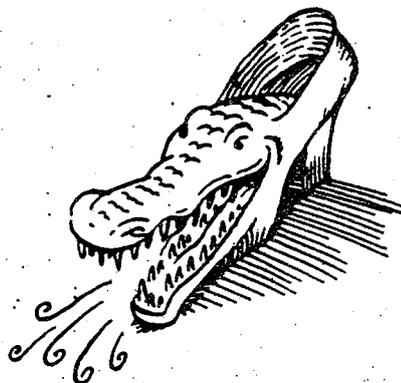
Aber es geht noch weiter: so halten in einer vom Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz durchgeführten Studie "Frauen und Aids" 90 % der 20-jährigen Frauen die Beschränkung der Sexualkontakte auf einen Partner und eine moralisch gefestigte Lebensführung für eine zielführende Schutzmaßnahme. 75 % der befragten Frauen sind der Meinung, daß Aids-Kranke an ihrer Situation auch selbst schuld seien und keine einzige der befragten Frauen wußte über die vier Grundregeln von Safer Sex Bescheid. Doch die offensichtliche Ignoranz diesen Studien gegenüber scheint seine guten Gründe zu haben, bestätigen sie doch die

Konzeptlosigkeit der Aidspolitik der letzten zehn Jahre nur allzu deutlich.

DIE AUSSCHREIBUNG

Wurden bei früheren Aktionen des Bundesministeriums die Aids-Hilfe noch um beratende Beteiligung an Konzeptionierung und Ausarbeitung gebeten, so mußte sich die Aids-Hilfe diesmal erst selbst einbringen — und zwar während der für die Werbeagenturen vergebenen Drei-Wochen-Frist ab dem Briefing. Die Ausschreibung, die den 10-Millionen-Auftrag für die im Oktober zu startende Kampagne zum Inhalt hatte, richtete sich an zehn bis fünfzehn daran interessierte Werbeagenturen. Bei der Auftragspräsentation wurden vom Auftraggeber u.a. als Ziele die primäre Prävention genannt sowie der Abbau sozialer Distanz zu HIV-Positiven — hier vor allem in Schulen und Kindergärten. Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung ganz allgemein sollte nur nebenbei "geworben" werden. Zielgruppe der Kampagne soll die heterosexuelle, promiske Bevölkerung sein,

**Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.**



Out. zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

Gehen Sitzen Liegen

1000 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 03 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 51219 67

da ja der Anteil durch heterosexuellen Verkehr Infizierter im Steigen ist. Und wenn Sie sich jetzt fragen, warum es zwischen all den verschiedenen bunten Plakaten, verwelkten Blumen und besoffenen Liebhabern, der Kino- und Fernsehwerbung und vielen anderen großen und kleinen Überraschungen keine ebenso hübschen neuen Broschüren gibt, ganz einfach: wir verteilen vorerst noch die alten, restlichen 300.000 der letzten Aids-Kampagne vor drei Jahren.

GESCHENK AN Ettl

Nun gut: Die Werbeagentur Ogilvy & Mather machte das Rennen. Ihr Elaborat bleibt keiner/m LeserIn erspart, hat doch jede dritte österreichische Zeitschrift/-ung ihr fehlendes Engagement, ihre kriminelle Berichterstattung im Aids-Bereich mit einer Schenkung mindestens der Hälfte der Inseratenpreise wett machen wollen. Nur ist es ja eigentlich keine Schenkung an die Werbeagentur, geschweige denn an Aids-Projekte, sondern an den Auftraggeber der Kampagne, das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, was an Paradoxie wohl unüberbietbar ist.

GEGEN ALLE REGELN

Unüberbietbar ist denn wohl auch die Kampagne als solche: In der Präsentationsmappe zur Aids-Kampagne schreibt Ogilvy & Mather: *„Lieber eine wohldosierte Verunsicherung, die im Bewußtsein bleibt und das Sensorium schärft, als zu simple Wahrheiten und scheinbare Klarheiten, die nichts anderes als trügerische Sicherheiten produzieren.“* Daß sich aber eine Aids-Prävention sehr wohl mit simplen Wahrheiten bewerben läßt — die Regeln des safer sex und getrennten Nadelgebrauchs — und kollektive Hysterisierung gerade im Aids-Bereich zu nichts führt außer zur Ignoranz der Regeln, zum Abschieben der Krankheit und der Kranken in eine soziale Ferne und zur Stigmatisierung der HIV-Positiven und an Aids erkrankten Menschen, hätte im Vergleich mit ausländischen Modellen erfahren werden können. Daß Angst und Verunsicherung aus der Werbung herauszuhalten sind, steht im ersten Lehrbuch. *„Eine Kampagne, die gegen alle Regeln verstößt, die für Werbung 'normalerweise' gelten“*, beschreibt die Werbeagentur ihr Produkt, und sie hat damit recht.

Doch sei weiter zitiert: *„Deshalb kann und wird das Thema 'Präservative benutzen' in Zukunft nicht mehr die zentrale Botschaft von AIDS-Kommunikation sein können. Weil das die Menschen erstens wissen, zweitens letztlich nicht wollen und drittens sofort damit abhaken. Deshalb werden nicht Risikogruppen oder Risikopraktiken die Thematik von AIDS-Kampagnen bestimmen können.“*

Daran wird denn auch festge-

halten: Auf den Plakaten sind Robert Mapplethorpes Blumenbilder zu bestaunen und Texte von der ungeheuren Eindringlichkeit und Deutlichkeit wie: *„Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Sonst könntest Du der nächste sein. Schütz Dich vor AIDS.“* Daß der Wissensstand in Österreich mit einer suggestiven Selbstschutz-Botschaft wie jener nicht korreliert, wurde bereits erwähnt. Doch schlägt die Plakatwerbung noch weiter um sich:

„Diesmal hatten Sie vielleicht nur einen Tripper.“

Nächstesmal könnten Sie sich Aids holen.

Den Weg kennen Sie ja.

Copy: Tripper, Syphilis oder Pilze sind sexuell übertragbare Krankheiten.

Wie Aids.

Der Übertragungsweg ist derselbe. Der Schutz auch: Kondome.“

Abgesehen davon, daß auf diesem Plakat eine Fehlinformation bekannt wird, sorgt es suggestiv für die Stigmatisierung infizierter Menschen. Medizinisch und eben auch praktisch ist die Übertragung von Pilzen und Aids natürlich nicht identisch. Aids ist bekanntlich eine virale Infektion, wohingegen Pilze sehr wohl über Händedruck etc. übertragbar sind. Hier wird in eine Bresche geschlagen, die Susan Sontag in *„Aids und seine Metaphern“* (München: Hanser 1989) anspricht, wenn sie über die hysterische, weil vor *Verunreinigung* panikisierte „öffentliche Meinung“ schreibt: *„Infektionskrankheiten, die mit sexuellem Fehlverhalten in Verbindung gebracht werden, wecken stets die Befürchtung, besonders leicht übertragbar zu sein, und erzeugen die bizarre Vorstellung, daß man sie auch ohne Sexualkontakt an öffentlich zugänglichen Orten bekommen könne.“*

Dieser Befürchtung scheinen die TexterInnen Ogilvy & Mathers zu erliegen.

Vielmehr noch aber weckt diese Aufschrift die Angst vor dem sozialen Kontakt mit HIV-Positiven. Mit einem Flugblatt protestierte der Verein *Menschen und Aids Club Plus* dagegen: *„Im Namen des Gesundheitsministers werden hier die Übertragungswege von AIDS eindeutig falsch dargestellt. Dies bewirkt unbegründete und übersteigerte Angst vor AIDS, und in weiterer Folge vor HIV-Infizierten und AIDS-Kranken. (...) Herr Minister Ettl, wir fordern Sie eindringlich auf: Verschlechtern Sie uns nicht die Lebensqualität, die uns noch geblieben ist! Nehmen Sie genannte Textstellen aus der Kampagne! Ersetzen Sie sie durch Aufforderungen zur Akzeptanz von Menschen mit HIV und Aids!“*

Hannes Pähler, grüner Bezirksrat in Mariahilf protestierte ebenfalls gegen die Kampagne, die Aids-Hilfe Wien beschloß in ihrer Generalversammlung dasselbe. Doch wird ungehört bleiben, was eine Regierung nicht hören will. Es ist eine Kampagne mehr, eine mehr von derselben Werbeagentur, eine mehr ohne schwulenspezifische Präventionsaufklärung, eine sogar fast ohne Aufklärung überhaupt. Ihr Resultat hätte durch Aids-Schlagzeilen von Krone und Kurier auch erreicht werden können. Aids als im Umfeld von Betrunknen, Geschlechtskranken, Junkies und schwulen Männern lauende Krankheit, bei der sich nur schwer eindeutig Schuldige finden lassen.

DER SCHULDIGE

Doch es gelingt:

„Einer von diesen Männern ist infiziert. Er hat einmal mit einer Frau geschlafen, die mit einem Mann geschlafen hat, der mit einem Mann geschlafen hat, der mit...“

Zollrecht bringt riskanten Datenverbund

(ARGE DATEN)

Im Zuge einer Zollrechtsänderung soll es in Zukunft möglich sein, Daten aus „verschiedenen Aufgabebereichen zu verknüpfen“. Insbesondere sollen Personaldaten der Zollorgane, Daten aus anderen Körperschaften und Behörden und zollrechtliche Daten verknüpft werden dürfen. Dieser Datenverbund widerspricht den Intentionen des Datenschutzes, der von getrennten Datenverantwortlichen und getrennten Daten ausgeht. Neben Rasterfahndungen nach ZollhinterzieherInnen könnten diese Auswertungen auch unzulässigerweise benutzt werden, Konsum- und Lebensgewohnheiten der ÖsterreicherInnen auszukundschaften.

UNSICHERER DATENVERBUND

Abgabenpflichtige (zB Importeure) können sich an einem automatisierten Zolldatenverbund beteiligen. In diesem Verbund werden unter anderem vollautomatisch Abgabenhöhen festgestellt oder Zollbescheide erlassen. Das Gesetz hat es jedoch verabsäumt, den Datenumfang dieses EDV-Verbundes, die Sicherheitsvorkehrungen und die Verantwortlichkeiten bei fehlerhaften Berechnungen festzulegen.

MANGELHAFTES INFORMATIONSRECHTE

Die Daten des Zoll-Datenverbundes werden in der Regel personenbezogene Daten darstellen. Sie fallen damit unter die Auskunfts-, Richtigstellungs- und Lösungsverpflichtungen

des Datenschutzgesetzes. Es fehlen Regelungen, wer in welchem Umfang und bis zu welchem Zeitpunkt verantwortlich für die gespeicherten Daten ist. Damit können die im DSG vorgesehenen Datenschutzrechte nicht mehr wahrgenommen werden.

Der vorgeschlagene Datenverbund stellt ein weiteres flächendeckendes EDV-Netz in Österreich dar. Fehlbedienungen und Mißbräuche sind wahrscheinlich. Der Entwurf erwähnt Sicherheitsfragen mit keinem Wort. Da die „Abgabenpflichtigen“ zusätzlich die Möglichkeit haben, direkt in den Datenbeständen des Zolls Berechnungen durchzuführen, ist das Ausspähen fremder Personaldaten zu befürchten. ●

Parfümerie- und Drogerieketten stinken zum Himmel

(Alternative 12/91)

Drei große Parfümerie- und Drogerieketten beherrschen den österreichischen Markt. Sie belegen eindrucksvoll, daß die weitverbreitete Ansicht, in Großbetrieben würden ArbeitnehmerInnenrechte eher respektiert als in kleinen, ein Irrglaube ist.

Die Salzburger Arbeiterkammer wandte sich im Oktober an die Gleichbehandlungskommission des Bundes, weil ihrer Ansicht nach die weibliche Belegschaft der "dm-drogerie markt Ges.m.b.H." diskriminiert wird. ArbeitnehmerInnen von "dm" erhalten einen Dienstvertrag, der vorsieht, daß BewerberInnen für eine fixe Anstellung innerhalb der ersten drei Monate auf Verlangen einen Schwangerschaftstest vorlegen müssen. "Erst danach wird das Dienstverhältnis in ein unbefristetes umgewandelt" (SN).

Die Firma "Schlecker" ist noch nicht lange am österreichischen Markt tätig. Vielleicht liegt es daran, daß uns über die Beziehungen zu ihren ArbeitnehmerInnen keine österreichischen, sondern "nur" bundesdeutsche Erfahrungen vorliegen. In der pfälzischen Stadt Alzey liegt eines der zentralen Auslieferungslager von "Schlecker". Die rund 200 Beschäftigten sind zum überwiegenden Teil weiblich und arbeiten teilweise in sogenannten "geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen" (maximal 480 Mark im Monat), wobei sie nicht einmal den tariflich vereinbarten Lohn erhalten. Durch die Tariflohnkürzungen müssen die Aushilfen um rund 15 Stunden monatlich mehr arbeiten, um auf 480 Mark zu kommen. Seit der Gewerkschaftssekretär in diesem Zu-

sammenhang von "Lohnräuberei" sprach, verlangt die Geschäftsführung von Schlecker Alzey nicht nur seine Ablösung, sondern auch den Rücktritt des Betriebsrates (der die Zustimmung zu angeordneten Mehrarbeiten verweigert hatte).

Der dritte im Bunde ist "bipa". Im Frühjahr 1990 war aufgefliegen, daß in den Filialen von "bipa", aber auch in denen der Konzernmutter "billa" VerkäuferInnen genötigt wurden, falsche Arbeitszeitaufzeichnungen zu unterschreiben. Den VerkäuferInnen waren so pro Woche bis zu 10, in Einzelfällen auch mehr Stunden nicht bezahlt worden. Weil der Anspruch auf Überstunden nachzahlung laut Kollektivvertrag schon nach drei Monaten(!) verjährt, war keine Nachzahlung zu erwarten. Außerdem waren keine ArbeitnehmerInnen von "bipa" bereit, vor das Arbeits- und Sozialgericht zu gehen, um Klage einzubringen. Einzig die

Gebietskrankenkasse (GKK) hat Klage gegen "bipa" eingeleitet, weil ihr durch Nichtbezahlung von Überstunden beträchtliche Summen an Sozialversicherung entgangen sind. Das "langwierige Verfahren", das schon 1990 erwartet wurde, ist eingetroffen: bis heute mußte "bipa" noch keinen Groschen bezahlen. Auch die VerkäuferInnen erhalten jetzt nicht mehr Geld, wie nach dem Auffliegen "Gratis-Überstunden" zu erwarten gewesen wäre. Den nach dem Frühjahr 90 eingetretenen Angestellten wurde ein neuer Vertrag vorgelegt, der die Überstunden durch ein Pauschale ab-(ver-)deckt. Den "alten" VerkäuferInnen wurde nahegelegt, den neuen Vertrag ebenfalls "freiwillig" zu unterschreiben. ●

(Artikel leicht gekürzt entnommen aus: "Die Alternative" — Monatszeitung der GE — Alternative GewerkschafterInnen; 1010 Wien, Wipplingerstraße 23. Quellen: Frankfurter Rundschau, Salzburger Nachrichten, AKNÖ-Nachrichten.)

Nebenbahnsterben vertagt

(TATblatt-Wien)

Die für heuer befürchtete Einstellung zahlreicher Nebenbahnen (siehe TATblatt minus 39) wurde bis auf wenige Ausnahmen vertagt. Der sogenannte "Leistungsauftrag" — das Quasi-Ultimatum für die vernachlässigten Linien — wurde zwei Jahre verlängert, weil der zuständige Verkehrsminister rasch mal Bundespräsident

werden will. Was vorerst mal ganz gut klingt hat aber auch seine Schattenseite: Die Verlängerung dieses Ultimatums bedeutet auch, daß die endgültige Entscheidung auch bei Bahnen die wahrscheinlich erhalten bleiben sollen, aufgeschoben wird, was somit eine jahrelange Verzögerung für dringend notwendige Investitionen bewirkt.

Wie auch immer: Die "Österreichische Regionalbahn-Initiative" bittet uns um Abdruck einer Unterschriftenliste, die zahlreich unterschrieben und fertig ausgefüllt möglichst rasch an die "Österreichische Regionalbahninitiative" (c/o Umweltbüro; 1090 Wien, Währingerstraße 59) zurückgesandt werden soll. ●

- Ich protestiere mit meiner Unterschrift gegen die geplante Einstellung der umweltfreundlichen Regionalbahnen der ÖBB!
- Ich plädiere außerdem für die Reaktivierung von regionalpolitisch bedeutsamen Regionalbahnen der ÖBB!
- Ich fordere die Erhöhung der Attraktivität (dichtere [Takt]-Fahrpläne, Einbindung in den Neuen Austro-Takt [NAT], modernes Zugmaterial [zB Twg-Rh 5047], Zubringerbusse statt parallel fahrenden Linien, usw) und der Wirtschaftlichkeit der Regionalbahnen!

Name	Adresse	Info (*)	Unterschrift
Titel _____ Vorname _____ Nachname _____ PLZ _____ Ort _____	Straße, Hausnummer _____ PLZ _____ Ort _____	<input type="radio"/> ja	
Titel _____ Vorname _____ Nachname _____ PLZ _____ Ort _____	Straße, Hausnummer _____ PLZ _____ Ort _____	<input type="radio"/> ja	
Titel _____ Vorname _____ Nachname _____ PLZ _____ Ort _____	Straße, Hausnummer _____ PLZ _____ Ort _____	<input type="radio"/> ja	
Titel _____ Vorname _____ Nachname _____ PLZ _____ Ort _____	Straße, Hausnummer _____ PLZ _____ Ort _____	<input type="radio"/> ja	

*) Bitte ankreuzen, wenn nähere Informationen gewünscht

Landesweiter Warnstreik in Ungarn

(Alexander M.)

Die Bevölkerung verarmt.

Ende November waren in Ungarn 351.000 Arbeitslose registriert. 273.000 davon kamen in den Genuß verschiedener Formen von Arbeitslosenunterstützung. Auf 100 Arbeitslose kamen im November 4 freie Arbeitsplätze. Die landesweite Arbeitslosenrate beträgt 7,3%. In einigen Komitaten liegt sie wesentlich höher als der Durchschnitt: so im Komitat Nógrád (14%), in zwei anderen bei 13,9%, bzw. 12,2%. Regierungsoffizielle Schätzungen für das kommende Jahr sprechen von 550.000 bis 600.000 Arbeitslosen.

32.000 BerufsanfängerInnen konnte Ende November keine Arbeit vermittelt werden: das allein sind 9% der gesamten Arbeitslosenanzahl. Wenn es auch im Osten und Süden des Landes sehr hohe Arbeitslosenraten - und entsprechend noch höhere Arbeitslosenraten unter den Roma gibt, so sind die meisten arbeitslosen BerufsanfängerInnen in westlichen Komitaten zu finden: in Győr-Moson-Sopron, im Komitat Zala und im Komitat Vas.

Vor einigen Jahren, so berichtet György Mezei von der Familienhilfe aus Ujpest (Ujpesti Családsegítő Központ), bekamen 5% der Kinder aus Gründen der Bedürftigkeit in der Schule eine Gratisverköstigung - heute sind es 54%! In einer Million Familien ist eines der Familienmitglieder AlkoholikerInnen.

Die Ausgaben für Nahrung für eine vierköpfige, vom Existenzminimum lebende Familie stiegen in einem Monat um 2,4%, das bedeutet pro Kopf 200 Ft! Die Inflation vom November hätte zur Folge, daß man zwei Tage früher sein Geld bekommen müßte, um essensmäßig auszukommen; zum jetzigen Zeitpunkt halten wir schon beim 25. Tag des Monats, so Mezei. Und dabei sind die nationalen Sparrücklagen - die des reicheren Teiles der polarisierten Bevölkerung! - seit dem vorigen Jahr um ganze 200 Milliarden Ft gestiegen.

Die Lage wird durch die öffentliche Hand kaum korrigiert, höchstens gelegentlich durch private Sponsoren ausgebessert, so etwa die Küllerkeskedelmi Bank (Außenhandelsbank), die 350 Kindern eine Jahresverköstigung finanziert. Im Hotel Duna Intercontinental fand am 22. Dezember eine Wohltätigkeitsveranstaltung für die Finanzierung der Schulausspeisung hungernder Kinder statt. Eintrittspreis: 10.000 Ft - etwa die Höhe des von den Gewerkschaften bei ihrem Dezemberwarnstreik geforderten Mindestlohns.

In einem Interview mit der Zeitung Magyar Hírlap teilte die Sekretärin der Pädagoginnengewerkschaft (Pedagógusok Szakszervezete) Istvánné Szöllösi mit: es gebe derzeit in Ungarn 2500 arbeitslose Lehre-

innen und ErzieherInnen. Innerhalb eines Jahres habe sich diese Zahl verdoppelt!

Wieviel Geld brauchen die Leute zum Leben? Die Ujpester Familienhilfe hat ein Existenzminimum von 12.779 Ft für eine alleinstehende Frau ausgerechnet, das für einen alleinstehenden Mann liegt um etwa 100 Ft darunter. Eine Mutter mit einem Kind käme mit 18.587 Ft davon. Der Mindestlohn beträgt derzeit 7.000 Ft! Das entspricht etwa 1000 S = 150 DM!

Ende Dezember wurden außerdem einige neue ins Haus stehende Preiserhöhungen bekannt. Ab 1. Februar werden die Bahnkarten um 25% erhöht, die Preise im Autobusfernverkehr steigen ab um 25 bis 30%. Große Steigerungsraten bei der Post: 30-35% für Telegramme, Post- und Ansichtskarten 30-40%. Wasser- und Kanalisation wird erhöht: um 25-30%. Da aber das bisherige System von Ausgleichszahlungen eingestellt wird, beläuft sich die reale Steigerung bei letzterem 55-60%! Miet- und Nebenkosten gehören zu den stärksten Belastungen der arbeitenden Bevölkerung. In Budapest sind mehr als 10.000 Menschen vollkommen und effektiv obdachlos - und darin sind die Flüchtlinge nicht miteingerechnet.

Monopolgewerkschaft SZOT. 28 Einzelgewerkschaften hatten sich dem Warnstreik angeschlossen. Besonders aktiv waren die GrubenarbeiterInnen. Von insgesamt 61.000 Kumpel streikten etwa 40.000. In diesem Bereich ist im kommenden Jahr mit etwa 15.000 bis 16.000 Entlassungen zu rechnen! Weiters beteiligten sich 40.000 StahlarbeiterInnen, und 10.000 EisenbahnerInnen. In der Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor war die Beteiligung geringer. Man hatte Angst: in letzteren beiden Bereichen sind bereits etwa 10% der Arbeitenden in der letzten Zeit abgebaut worden.

Einige, hoffentlich anschauliche Details; Repression.

Recht renommierte Unternehmungen, das heißt solche, die sowohl eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung als auch eine aus der alten ArbeiterInnenbewegung herkommende Tradition haben, streikten mit. Beispiel dafür das Budapester Werk der Ikarus-Werke, wo von 3000 ArbeiterInnen etwa 3/4 am Streik teilnahmen. Solidaritätsbekundungen kamen auch von den Budapester Stadtwerken, deren Fahrzeuge im Zeichen der Solidarität blau geschmückt wurden. Magyar Nemzet, die Zeitung, die seinerzeit am liebevollsten die Entstehung der



Szöllösi Istvánné főtítká: a kormányzat kivonja a tókéát a közoktatásból

FOTO: FEJÉR ZSUZSA

Mobilisierungsausmaß.

Der landesweite Warnstreik, der am 17. Dezember stattfand, war eine massive Reaktion gegen Verarmung und Arbeitslosigkeit. Etwa 250.000 ArbeiterInnen legten die Arbeit nieder, 250.000 bis 300.000 hielten in den Betrieben kurze Protestversammlungen ab. Außerdem wurden etwa 100.000 Unterschriften für einen wahrscheinlich kommenden Generalstreik gesammelt. Organisator war der MSZOSZ (Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége, Ungarischer Gewerkschaftsbund), die Nachfolgeorganisation der ehemaligen autoritären

„alternativen“ Gewerkschaften mitverfolgt hatte, berichtet, daß Leute ihren Urlaub unterbrachen, um an den betriebsinternen Kundgebungen teilzunehmen. Zusätzlich erschienen auch noch zahlreiche PensionistInnen. In etlichen Betrieben konnte wegen Kurzarbeit nicht gestreikt werden, da die ArbeiterInnen gar nicht da waren; oft durfte bloß auch deswegen nicht gestreikt werden, weil die Brücke zwischen zwei Feiertagen einzuarbeiten war. Dies und einige folgende Punkte charakterisieren ganz gut den autoritären Stil dieser Streikkultur - und das ist übrigens auch der beliebteste Hauptvorwurf, der diesem Unternehmen

von der Regierungspartei MDF gemacht wird. So gab's weiters einen Fall eines Betriebs in Westungarn, in dessen drei Filialen gestreikt wurde, im Stammhaus hingegen nicht, da, so die sozialistische Zeitung *Népszabadság*, "dort gerade *Überstunden für wichtige Aufgaben zu leisten waren*". Hätten die ArbeiterInnen selbständig ihrem Widerstand Ausdruck verliehen, dann wären sie wahrscheinlich - von den Gewerkschaften wie von der Betriebsleitung - gemäßregelt worden, wie es einzelnen unabhängig streikenden ArbeiterInnen während des ebenfalls von den traditionellen Gewerkschaften initiierten großen ErntearbeiterInnenstreiks vor etwa 2 1/2 Jahren geschah.

Und dennoch die relative hohe Streikteilnahme, trotz einer Reihe von Repressionen und Drohungen! Zahlreichen ArbeiterInnen wurde mit Entlassung gedroht, falls sie streiken sollten, berichtet *Magyar Hírlap*, und dort liest man weiter, daß aus mehreren Komitaten bekannt wurde, *Civilpolizei* habe versucht, bei den GewerkschaftssekretärInnen Details über den Streikverlauf und die Namen der TeilnehmerInnen in Erfahrung zu bringen. Warnungen hingegen kamen von *uniformierten Polizisten*, nach 12 Uhr solle nur ja nicht gestreikt werden, das sei illegal. (A schöne Perspektive, diese Ungarische Republik! A.) Besonders kraß war die Situation bei den *Ungarischen Staatsbahnen* (MAV, *Magyar Állami Vasutas*). Es gab zahlreiche Drohungen und Einschüchterungsversuche in einzelnen Betrieben und Abteilungen. Bei der Eisenbahn wurden auch StreikbrecherInnen eingesetzt - obwohl seitens der EisenbahnerInnengewerkschaft dafür gesorgt war, daß - zwar nicht der Güterverkehr - so doch der Personenverkehr nicht beeinträchtigt wurde.

Anlaß und Forderungen.

Unmittelbarer Anlaß für den Warnstreik waren ins Stocken geratene Verhandlungen mit der Regierung, die auf der Ebene einer obersten Verhandlungsinstanz, des sogenannten *Rates für Interessensausgleich* (*Erdekegyeztető Tanács, ET*) stattfinden. Die Verhandlungen waren seit 2 Monaten am laufen. In entscheidenden Fragen konnte, so Sándor Nagy, der Vorsitzende des MSZOSZ, keine Einigung erzielt werden. So sei eine Pattsituation entstanden, man wolle nun mit dem Mittel des Streiks auf die Verhandlungen Druck ausüben.

Die 8 wesentlichen Forderungspunkte:

1. Im kommenden Jahr dürfe die Grenze von einer halben Million Arbeitslosen nicht überschritten werden.
2. Die erkämpften Abfindungen (bei den GrubenarbeiterInnen beträgt sie derzeit 70.000 Ft. A. M.) sei keine Freibrief für die Verzögerung der Auszahlung der Arbeitslosengelder.
3. Die Dauer der Bezugsberechtigung für Arbeitslosenunterstützung dürfe nicht gekürzt werden. Der unterste Satz der Arbeitslosenhilfe solle zumindest 75% des Mindestlohns betragen.
4. Keine weiteren steuerliche Belastungen der ArbeiterInnen und Angestellten. Zum Schutz der Niedriglöhne sei die jährliche Obergrenze für

steuerfreie Einkommen auf 120.000 Ft anzuheben.

5. Keine Verminderung des durchschnittlichen Nettoreallohns.

6. Der *Mindestlohn* soll ab 1992 *9.700 Ft* betragen.

7. Den ArbeiterInnen muß ein Mitbestimmungsrecht bei der Privatisierung der Unternehmen gewährt werden.

8. Die sozialen Einrichtungen der Betriebe müssen ins Eigentum der ArbeiterInnen übergehen.

Nagy, der gleichzeitig Vorsitzender des "Vereinigten Streikkomitees" ist, terminiert die Sache: "Sollte es bis zum 31. Jänner nicht möglich sein, auf der Basis unserer Forderungen zu einer neuen Vereinbarung mit unseren Partnern zu gelangen, dann wäre die Gewerkschaft gezwungen, zum härtesten Mittel zu greifen, nämlich einen Generalstreik auszurufen." (Inzwischen wurde bereits bekannt, daß die Mindestlohnverhandlungen den Bach hinuntergegangen sind, s. u.)

Parallel dazu droht auch die MinenarbeiterInnengewerkschaft (*Bányaiipari Dolgozó Szakszervelet*) und deren Vorsitzender *Antal Schalkhammer* mit einem Generalstreik. Anfang November hatte die Gewerkschaft in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten *Antall* Verhandlungen gefordert, aber bis dato (19. 12. A.M.) sei keine Antwort gekommen. Diese Gewerkschaft fordert die Ausarbeitung eines nationalen Energiekonzepts, eine genauere Festschreibung der staatlichen Kompetenzen, weiters soll die Umstrukturierung der Energiewirtschaft sich nicht ausschließlich in den Sonderinteressen der Einzelprivatisierungen erschöpfen, und natürlich werden beschäftigungspolitische Maßnahmen gefordert: "wirtschaftlicher Einsatz" der Arbeitskräfte. Weiters fordern sie ein langfristiges Abkommen mit der Elektrizitätswirtschaft, das zumindest bis zum Jahre 2000 laufen soll. Sollte es bis zum 15. Jänner noch zu keinen Verhandlungen gekommen sein, dann würde auch die MinenarbeiterInnengewerkschaft einen Generalstreik ausrufen, aller Wahrscheinlichkeit nach würde dieser dann bereits, so heißt in einigen Zeitungsberichten, in der zweiten Jännerhälfte stattfinden.

Eine offiziöse Antwort auf den Forderungskatalog der Gewerkschaften kam von *Imre Csuha*j, Sprecher des Arbeitsministeriums und bestand im Grunde genommen aus nichts als Zynismus und uninteressiertem Abwinken. Was Punkt 1, die Forderung nach einer Obergrenze der Zahl der Arbeitslosen, betreffe, so sei diese Forderung *realitätsfremd*. Denn diesbezüglich gebe es wohl keine marktwirtschaftlichen Sicherheitsgarantien, ja man müsse im kommenden Jahr mit noch mehr Arbeitslosen rechnen: 550.000 bis 600.000 führte er an. Grundlage dafür seien Schätzungen, die von der Regierung durchgeführt wurden. Die Senkung der Arbeitslosenquote falle außerdem ins Ressort beschäftigungspolitischer Maßnahmen, und immerhin seien im kommenden Jahr Umschulungsmaßnahmen für 213.000 Personen vorgesehen. (Al-

so etwa für ein Drittel der prognostizierten Arbeitslosen, A.M.). Die darauf folgenden Punkte könnten durchaus auf dem Verhandlungswege im Rahmen der ET (des Rates für Interessensausgleich) gelöst werden. Was die Steuergesetzgebung betreffe, so verwies er auf die laufende parlamentarische Diskussion. (Das Parlament hat in Ungarn - zwar bereits im letzten Jahrzehnt des Staatssozialismus, wo zahlreiche BezirksaktivistInnen und Neuerer in einer breiten parlamentarischen Diskussion zu Worte kamen - aber besonders seit der "Wende", wie sie auch in Ungarn heißt, eine prägnante, öffentlichkeitssubstitutive Funktion erlangt: das heißt, das was man sich von den Parteien, von "*der Politik*" nicht mehr erwartet, das wird ins Parlament und seinen Forum-Charakter, in teils noch urliberaler Erwartung und Emphase hineinprojiziert und im breitesten Rahmen diskutiert). Mit Punkt 5 renne man offene Türen ein, meinte Csuha. Diese Regierung habe es sich ja zum Ziel gesetzt, das Netto-realeinkommen zu *halten*. Was den Mindestlohn betreffe, so wick Csuha auf das Desinteresse der privaten Arbeitgeber an den gewerkschaftlichen Vorschlägen bei den ET-Verhandlungen aus. Das Einspruchsrecht bei Privatisierungen schließlich stehe doch auf der Tagesordnung. Seit September sei ja ein Regierungsdekret in Kraft, demzufolge bei Privatisierungen die Verpflichtung bestehe, die ArbeiterInnen zu *informieren*, widrigenfalls die Staatliche Vermögensstelle (von ferne mit der Treuhand zu vergleichen, M.) das Ansuchen der Firma abzulehnen habe.

Die neue Sprache der Ministerialbehörden macht sich nicht einmal mehr die Mühe, die *austerity*-Politik wie bisher mit radikal-demokratischem Schnickschnack aufzuputzen, sondern unberührt werden alle topoi herkömmlicher Beschwichtigungspolitik bemüht: man beschäftige sich ohnehin mit den Forderungen, andere

Instanzen seien noch viel ärger, gegenüber einer allgemeinen, objektiven Struktur könne man nicht viel tun, die Pflicht zur Benachrichtigung der Betroffenen wird als Mitbestimmungsrecht ausgegeben. Auf der einen Seite ein rein politischer Diskurs der "Organisationen für Interessensvertretung" (wie sich die Gewerkschaften nennen), auf der anderen Seite nichts als ein bloße Palette von taktischer Abweiserei. Man kann sich also vorstellen, wie's bei den Verhandlungen im ET zugeht.

Eigeneinschätzungen und Stellungnahmen anderer.

Da *Politik* und *politisch* im Ungarischen noch immer sehr stark die Bedeutung eines Fremden, von oben her Aufoktroierten, von ausschließlich amtlicher und Funktionsnärpolitik hat, auch von Zwangseingemeinschaftung und Zwangsozialisierung, sodaß sich auch heute noch viele politische aktive Leute besonders aus Intellektuellen- und KünstlerInnenkreisen verärgert dagegen verwahren, als politisch oder PolitikerInnen bezeichnet zu werden - andererseits

gibt es nun wiederum im Gegenzug dazu den Neuausdruck *politizálás* (wörtlich übersetzt wäre dies: "Politisieren", hat aber nicht den pejorativen Charakter wie im deutschen, sondern bedeutet reflektierende oder auch aktive Anteilnahme von unten an Belangen der Öffentlichkeit) - legt auch der MSZOSZ Wert darauf, daß ihre Aktion keine politische sei. "*Der Streik hat rein wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen*", so hieß es bei der Pressekonferenz, "an Demonstrationen sei man nicht interessiert, ja alle Versuche in dieser Richtung werde man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu behindern wissen." Das heißt, über das Eigeninteresse einer Riesenkorporation hinaus darf sich kein fundamentaler politischer Wille autonom äußern - darauf läuft nämlich die Ablehnung des "Politischen" hinaus; natürlich spielt da auch Taktik gegenüber der Regierungspartei eine Rolle: man will sich als Interessenverwalter und sachlicher Verhandlungspartner anempfehlen. Härter noch eine Formulierung aus Népszabadság vom 19. 12: "*Demonstrationen außerhalb der Arbeitsniederlegungen sind als Provokation zu bewerten*", heißt es da ungebroschen stalinistisch.

Die zwei großen Gewerkschaftsgruppierungen, die in den letzten Jahren neu entstanden sind, die den "Sozialliberalen" (also dem *SZDSZ*, *Szabad Demokraták Szövetsége*, Bund Freier Demokraten) nahestehende *Liga*, und die in der Nähe des MDF stehenden sogenannten "Arbeiterräte" hielten sich bei diesen Streik abseits. Die *Liga* wiederholte mehrere Male ihre Formel, der Streik sei "*unvorbereitet und erfolglos*", die Arbeiterräte gaben bereits am 16. eine Stellungnahme ab, man sei "*gegen den forcierten Selbstzweck eines politischen Streiks*" - damit meinen sie wohl die politische Anbindung an die MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) und "in einem Land ohne Streikkultur kann die Spielerei mit dem allerletzten Mittel keine Unterstützung bei der Mehrheit der autonomen (d.h. den Arbeiterräten nahestehenden, *A.M.*) Gewerkschaften finden."

Die gewerkschaftliche Landschaft und die Entwicklung der letzten Jahre.

Warum ziehen die Konkurrenzgewerkschaften nicht mit? Das ist hauptsächlich aus der überragenden wirtschaftlichen und politischen Monopolstellung des SZOT, des Vorgängers des MSZOSZ, zu erklären. Man muß sich vergegenwärtigen, daß noch im Jahre 1988 der SZOT sich die Steuerbefreiung der Gewerkschaftsbeiträge und den automatischen Abzug der Beiträge vom Lohn erkämpfte. Über den firmeninternen Lohnverrechnungssystem gelangten im staatssozialistischen System die Beiträge direkt ins Gewerkschaftsbudget. Die Nachfolgewerkschaften der SZOT kön-

nen immer noch mit 3 1/2 Millionen Mitgliedern aufwarten. Das staatlich und monopolistisch zusammengegaunerte Vermögen wurde nun wiederum nicht ganz so brutal wie in Deutschland, aber dennoch sehr effektiv, teils unter Zuhilfenahme eines gewerkschaftlichen Runden Tisches, diesem traditionellen Komplex von Gewerkschaften wieder weggenommen. Dazu gehören auch Liegenschaften. Einerseits: warum sollten die Neuen nichts kriegen? Andererseits wissen die Ältesten der Traditionellen aus dem Kapitalismus der Zwischenkriegszeit, und der Kriegszeit selbst, wie man Kommunisten fertig macht. Sie haben, bei all ihrer beharrlichen und hierarchischen Politik, Angst, und diese Widersprüche muß man eben zusammendenken. Daraus erklärt sich auch der Hungerstreik, den ein Gewerkschaftsexponent im Sommer durchführte und von dem natürlich nichts nach Österreich gelangte. man muß sich einmal eine ähnliche Situation in Österreich

vorstellen. Niemand schätzt allzusehr den ÖGB, besonders nicht die AusländerInnen, die Arbeitslosen und die Intellektuellen. Wäre er aber nicht mehr, dann würde die ArbeiterInnenschaft im vollen Wildwest verkommen. Würde nun irgend eine neue, rechte Riesenpartei diesen Gewerkschaftskomplex enteignen, ja wie wären denn da wohl die gerechten Reaktionen?

Ursprünglich ging aus dem SZDSZ-Bereich die Hauptinitiative gegen die Einheitsgewerkschaft und zur Zerschlagung ihres Vermögens aus. Dem SZDSZ stehen ja die neuen, unabhängigen Gewerkschaften nahe. Die ersten Gewerkschaften, die gegen den Zwangsstaat zu demonstrieren wagten, wurden beschimpft; verhöhnt und erniedrigt. Die Verfolgerei und Observiererei, von der sogar noch der österreichische Innenminister etwas lernen könnte, steckt den Leuten allerdings jetzt noch in den Knochen. Aber nicht der SZDSZ kam an die Regierung, sondern das Ungarische Demokrati-

ES WAR EINMAL ...

An einem nicht allzufernen Ort gibt es eine Gruppe, die seit Jahren unermüdlich gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus arbeitet. Diese emsigen Leute geben immer wieder Flugblätter und Informationsschriften zu politischen Fragen heraus, machen Veranstaltungen und Demonstrationen.

Eines Abends kam einer von ihnen, nennen wir ihn Arthur, strahlend mit einem Märchenbuch unter dem Arm daher. Die anderen waren ganz schön erstaunt, als er vorschlug, diese Märchen zu drucken, und lachten darüber.

Die Witzeleien verstummten aber sehr schnell, als Arthur aus dem Märchenbuch vorzulesen begann.

Alle blickten sich verwundert an: Da war gar nicht die Rede von strahlenden Prinzessinen oder starken Prinzen aus längst vergangenen Zeiten. Sie hörten da Dinge über ihr Leben und ihre Probleme und erfuhren von Möglichkeiten, das Leben schöner zu gestalten.

Da wurde erzählt, daß die "bösen Feinde" nicht die Menschen mit einer anderen Hautfarbe oder mit einem anderen Gott sind.

Es war vielmehr die Rede davon, daß die wahren Feinde der Armen diejenigen sind, die andere Menschen in elenden Bedingungen leben und arbeiten lassen, um selbst noch reicher zu werden. Die Märchen zeigten, daß der Ruf nach Freiheit nicht gewaltsam unterdrückt werden kann und die Armen ihr Leben ändern können, wenn sie zusammenhalten.

Alle waren sich einig: Das, was da in diesen Märchen steht, stimmt auch heute. So beschlossen sie, die Märchen für Euch zu drucken.

Was auch geschah ...

Zu bestellen bei:

Initiative gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus (IGARA),
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Erhältlich auch bei:

Buchhandlung Winter, Landesgerichtsstr. 20, 1010 Wien

NEUERSCHEINUNG

*"Es war einmal...
und es wird sein"*

*Drei Märchen
von Hermynia zur Mühlen*

** Der Muezzin
* Die Söhne der Aischa
* Die Rote Fahne*

Herausgegeben von der Initiative gegen
AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und
Antisemitismus (IGARA)

Dezember 1991

Ca. 60 Seiten A 5 öS 35,-

sche Forum (MDF) - eine Partei, die viele Aspekte hat(te), und die sich schließlich der NATO verschrieben hat. Die Liga, die - unter anderem von den deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften unterstützte - Dachorganisation vieler unabhängiger Gewerkschaften, die im Kampf gegen das Monopol entstanden waren, hat sich eben aus diesen historischen Gründen von der Mobilisierung des Warnstreiks ferngehalten. Das gilt auch für die kleine Gewerkschaft Szolidaritás (nach dem Vorbild der Solidarnost gebildet); und natürlich für die sogenannten Arbeiterräte, die zwar nach den proletarischen Organisationen der 56-er Revolution benannt sind, aber im Interessensbereich der Mitte-rechts-Regierung des MDF agieren. Letztere waren ebenfalls auf Distanz.

Über die verschiedenen Ursachen dafür, daß nach dem Machtantritt des MDF die nachfolgeorganisation der Einheitsgewerkschaft nicht zerschlagen wurde, kann ich nur spekulieren. Zur Sicherheit berufe ich mich auf einige Erwägungen, die Ottilia Solt in einem Aufsatz in Beszelö angestellt hat. Zunächst einmal die grundlegende, rückblickende Motivierung: "Es erklärte sich von selbst, daß, als wir diesen Bereich politischer Organisation tatsächlich zu einem freien Bereich machten, auch die letzten Hindernisse für freie Interessensvertretungsorganisationen, nämlich die letzten Monopolorganisationen des Parteistaates aus dem Wege zu räumen waren."

Die neue konservative Regierung wollte natürlich den Hauptorganisatoren des Kampfes gegen den SZOT und MitaktivistInnen der dynamischen Neugewerkschaften nicht das Feld überlassen, vielmehr mochte man, statt eine Verdammung und Verurteilung auszusprechen, versuchen, dieses Megainstrument ins System einzubauen. (Das ist, so meine ich, mit den äußerst detaillierten und strengen Streikgesetzen möglicherweise gelungen: Anmeldefrist, Verpflichtung zur Errichtung einer zeitlich genau festgelegten Schlichtungsinstanz, praktische Vernichtung der Möglichkeit aller spontanen Kundgebungen, A.M.)

Gewiß spielte dabei auch eine Rolle, daß der Zentrumsregierung (so Solt, wohl ein Wortspiel, für mich ist diese Regierung eher rechts!) eine mit großer Zentralmacht ausgestattete "Interessensvertretungsorganisation" als Partner viel angenehmer war, als zahlreiche unberechenbare Neugebilde.

Wie bekannt, verlor die Regierungspartei MDF die zweiten großen Wahlen der

neuen freien Wahlgeschichte Ungarns, nämlich die Wahlen zu den "Selbstverwaltungskörperschaften" (das wären Gemeinde- und Bezirkswahlen), und das war der Beginn einer Reihe von Schwächungen der NATO-freundlichen Reaktionäre. Darauf folgte der Benzinpreisprotest, die "Taxiblockade": die erste große Streik- und Protestlähmung der Hauptstadt unter der neuen Regierung. Das letzte große, umfassende, weiteste Kreise der lohnabhängigen Bevölkerung erfassende Engagement der Traditionellen war der ErntearbeiterInnen- und LPG- (auf ungarisch MTSZ-) Streik gewesen. Bei der Taxi-Blockade gelang es Sándor Nagy, sich zum Spitzensprecher und -verhandler emporzuschwingen. Das bedeutete natürlich eine Festigung der Position des MSZOSZ. Da es sich bei der TaxifahrerInnenblockade wohl nicht um einen genuin proletarische Kampfbewegung handelte - sondern eher um das Ausprobieren der Zuschlagelust einer Korporation, deren Mitglieder gut mit Funk miteinander in Kontakt standen, und die schon in der staatssozialistischen Vergangenheit erfolgreich gegen die Polizei demonstriert hatten - und der ErntearbeiterInnenstreik schon einige Zeit weg ist, kann man wohl den neuen Warnstreik als die erste große Mobilisierung von ArbeiterInnenmassen auf großer Ebene bezeichnen.

Eine wichtige Kundgebung fand allerdings im vergangenen Dezember statt: eine Kundgebung von etwa 10.000 LehrerInnen und ErzieherInnen in Budapest, die von Alt- und Neugewerkschaften gleichermaßen getragen wurde. Hier zwang der gemeinsame Gegner die sonst von "politischem" Parteikalkül und korporativer Dumpfheit geführten Interessensvertretungsorganisationen, anschließend an Einzelmobilisierungen, zu einer gemeinsamen Großkundgebung zusammen. Die wissenschaftlichen und sonstigen dienstleistenden Lohnabhängigen aus dem Bereich der neuen Gewerkschaften konnten dort natürlich mit erhobenerem Kopf auftreten, da sie in diesem Bereich stärker organisiert sind, als im Industrie proletariat.

Abschluß.

In Ansätzen zeigt sich eine Durchmischung der gewerkschaftlichen Landschaft quer zum Schema der Partei- und Richtungszugehörigkeit auch beim letzten Warnstreik. Nochmals, und zum letzten Male, Beispiele. Während in einer Grube im Komitat Veszprém, bei der die Mehrzahl

der Belegschaft bei der Liga ist, gearbeitet wurde, streikten Liga-Leute zusammen mit Arbeiterräten in der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen Kühne in Mosonmagyaróvár. In einer Schiffsfabrik im Komitat Veszprém nahmen auch Arbeiterräte an den Streiks teil. In einer Fabrik in Tatabánya streikte die Szolidaritás. An einer Kundgebung der Kumpel nahmen auch Vertreter der Liga und des Landesverbandes der Arbeiterräte teil - die sich dann auch mit dem Chef Schalkhammer trafen. Im Komitat Békés, das recht friedlich war, konnte man Taxi- und BusfahrerInnen mit blauen Solidaritätsfähnchen sehen - auch in einem Warenhaus in Mosonmagyaróvár war alles blau geputzt. Solidaritäts- und Unterstützungserklärungen kamen - auch nach dem Warnstreik, auch von Organisationen, die der Liga und den Arbeiterräten nahestanden - insgesamt von 41 Einzelgewerkschaften.

Die Frage ist wohl, wo der fundamentale, antagonistische Widerstand ist! Er schlummert in all dem. Frage ist, wann und wie die "von oben verfügte" Massenmobilisierung in eigendynamische, autonome, selbstorganisierte Handlungen umschlägt. Das spontane Fluktuieren von vielen von einer Gruppe zur anderen zeugt für eine ohne Zweifel vorhandene Beweglichkeit, die vielen Position und Parteinahmen, die schnell geändert werden, ebenfalls dafür. Vordergründig sind die Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Gruppierung parteigebunden, aber bei Gelegenheit verschiedenster Aktionen ergeben sich diese oder jenen Assoziationen und Konstellationen. Diese konnte man auch ein wenig bei diesem Warnstreik beobachten. Auch der MSZOSZ hat eine wichtige transitorische Funktion. Hoffentlich wird er nicht zu einem die Basis lähmenden und kriminalisierenden Integrationsfaktor im Auftrage der europäischen Politik. Im Augenblick freue ich mich allerdings über die nützlichen Massenmobilisierungen.

P.S.: Bei den ET-Verhandlungen über die Hinaufsetzung der Mindestlöhne stimmten von den gewerkschaftlichen Verhandlungspartnern 2 für 8 000 Ft, der MSZOSZ beharrte auf seiner Forderung nach 9 700; da keine Einigung erzielt werden konnte bleibt es vorderhand bei 7 000 Ft/Monat. •

bezahlte Anzeige



Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Das Elend der DrogenkonsumentInnen

Verein "Österreichisches Komitee für eine humane Drogenpolitik" stellt sich vor:

(Den folgenden Text haben wir vom "Komitee für eine humane Drogenpolitik" zugesandt bekommen, und weil es ganz interessant klingt, einfach abgetippt.)

Der Umgang mit DrogenkonsumentInnen durch die österreichische Suchtgiftgesetzgebung ist im Grunde völlig irrational. Die Suchtgiftgesetzgebung zielt darauf hin, den Großhandel mit gefährlichen Drogen zu unterbinden. Tatsächlich getroffen werden vorwiegend junge Menschen, die weder abhängig sind, noch mit Drogen handeln, sondern oft nur mit Drogen, meistens mit Haschischprodukten, experimentieren. Diese geraten dann in die Mühlen des Gesetzes. Dem Großteil der Angezeigten schadet die gesetzliche Verfolgung weitaus mehr, als die Auswirkung mancher Drogen selbst. Besonders außerhalb der Großstädte bedeutet die gesetzliche Verfolgung den Verlust des Ausbildungsplatzes in Schule oder Beruf, und in der Praxis wird die Behandlung, die Rehabilitation und die Wiedereingliederung der wenigen tatsächlich gefährdeten DrogenkonsumentInnen in ein normales Leben durch Anzeige und Verurteilung stark behindert.

Das geltende Suchtgiftgesetz hat nach Meinung der Mehrzahl der in der Süchtigenbetreuung tätigen Fachleute nicht den gewünschten gesundheitspolitischen Erfolg gebracht.

Eine Gruppe von engagierten PraktikereInnen der Süchtigenbetreuung hat das "österreichische Komitee ..." gegründet, das über Öffentlichkeitsarbeit eine Änderung der Drogengesetzgebung anstrebt. Denn das mindeste, was von einem Gesetz erwartet werden kann, ist, daß es nicht die Gesundheit und die soziale Entwicklung Jugendlicher gefährdet, darüber hinaus soll das Gesetz eine vernünftige Gesundheitspolitik unterstützen und nicht verhindern.

Die österreichische Suchtgiftgesetzgebung stellt sich etwa so dar: In einer Liste, eben der "Suchtgiftliste", sind verschiedene Substanzen aufgeführt, die ein unterschiedliches Suchtpotential und eine unterschiedliche Gefährlichkeit aufweisen. Es finden sich also tatsächlich-gefährliche Substanzen darin, wie etwa Heroin, ebenso wie Substanzen, die wesentlich weniger toxisch und gefährlich sind und deren suchterzeugende Wirkung höchst fraglich ist, wie zB Haschisch und andere Hanfprodukte. Andere Substanzen, die sowohl gefährlich im Sinne von giftig, wie auch suchterzeugend sind, wie etwa Alkohol und verschiedene gewerbliche Lösungsmittel, sind nicht in der Suchtgiftliste enthalten, obwohl es in Österreich eine beträchtliche Anzahl von süchtigen Alkoholkranken und Alkoholgefährdeten und vereinzelt auch "SchnüfflerInnen" gibt.

Alle in der Suchtgiftliste angeführten Substanzen werden jedoch in gleicher Weise gesetzlich verfolgt und stehen praktisch unter gleicher Strafandrohung.

Daraus ergibt sich auch, daß ein und derselbe Dealer mit Haschisch und mit Heroin handelt. Beim Handel mit Heroin ist das Transportvolumen geringer, geschmuggeltes Heroin wird daher seltener entdeckt. Der Gewinn ist beim Heroinhandel unvergleichlich höher, ein Dealer hat also durchaus ein Interesse, den HaschischkonsumentInnen Heroin zu verkaufen. Bei einer gesetzlichen Entkopplung dieser beiden Substanzen wäre die Gefahr, daß Haschischkonsumierende von Heroin abhängig werden, wesentlich vermindert. Dies allein wäre vom Blickwinkel der Volksgesundheit ein triftiger Grund für eine Änderung der österreichischen Suchtgiftgesetzgebung.

Für KonsumentInnen von Drogen, die auf der Suchtgiftliste sind, besteht eine Verbrechensqualifikation, während für Konsu-

mentInnen anderer Substanzen, wie eben Alkohol oder für gewerblich genutzte gesetzlich nicht faßbare Substanzen gewissermaßen eine "Grüne Grenze" besteht. Die Abgabe von Alkohol ist beispielsweise nur an "Minderjährige und Angeheirte" beschränkt, ansonsten jedoch kann Alkohol frei konsumiert werden und es wird auch reichlich Werbung dafür gemacht. Es hat den Anschein, daß die Drogengesetzgebung keineswegs in konsequenter Weise das gesundheitliche Wohl der Bevölkerung zum Ziel hat, sondern Momente eines archaischen Straf- und Sühnegedankens enthält, das der Ausgrenzung exotischer Substanzen und Randgruppenangehöriger dient.

Die Untersuchung "Das Cannabis-Problem in Österreich" des Ludwig Boltzmann-Instituts für Süchtigenforschung erbrachte schon 1987 das Ergebnis, daß etwa 20 % aller 15-40-jährigen ÖsterreicherInnen Erfahrung mit Cannabisprodukten haben. Der Cannabiskonsum ist also einerseits keineswegs mehr auf eine Randgruppe beschränkt, andererseits wird nur ein ganz geringer Teil der KonsumentInnen und ProbiererInnen süchtig. Aufgrund der derzeitigen Gesetzeslage sind also etwa 450.000 ÖsterreicherInnen kriminalisiert, die weit davon entfernt sind, selbst abhängig zu sein oder anderen mit dieser Gesetzesübertretung einen Schaden zuzufügen.

Wir sind sehr wohl der Meinung, daß der Umgang mit Suchtmitteln einer gesetzlichen Regelung bedarf und es soll auch keineswegs Propaganda für Substanzen gemacht werden, die dann mit dem Alkohol womöglich in Konkurrenz treten. Allerdings befürworten wir auch ein Verbot der Werbung für Alkohol und für Rauchwaren. Aus gesundheitspolitischen Gründen befürworten wir die Gleichstellung von Hanfprodukten mit dem Alkohol bezüglich der Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes. Wir sind jedoch strikt gegen die derzeit gegebene strafrechtliche Verfolgung von KonsumentInnen. Wir halten die derzeitige Gesetzgebung für altertümlich, undifferenziert und inhuman.

Um die Änderung des Suchtgiftgesetzes zu erreichen, plant der Verein:

1. Aufklärungsarbeit. Nicht so sehr über Drogen, sondern über das Schicksal kriminalisierter KonsumentInnen.

2. Aufbau einer aktuellen Dokumentation über die Strafverfolgung von KonsumentInnen von Cannabisprodukten.

3. Sammlung von Unterschriften von Personen, die sich mit dem Vereinsziel identifizieren.

4. Entwicklung alternativer Modelle des Umgangs mit den bisher kriminalisierten Hanfprodukten, zB Adaptierung des Amsterdamer Modells (KonsumentInnen können an bestimmten, kontrollierten Plätzen Cannabisprodukte erwerben und nur dort oder in der eigenen Wohnung konsumieren, ein freier Handel bleibt weiterhin untersagt.)

5. Herantragen des Vereinsziels an den Gesetzgeber.

Für alle interessierten Personen:

Generalversammlung: Montag, 13. Jänner, 19.00 Uhr, Veranstaltungssaal Andino (1060 Wien, Münzwardeingasse 2)

Kontakt: Gertrud Prohaska, Streetwork, 1030 Wien, Rochusgasse 8, Tel: 0222/712 44 70 (Do 14.00-18.00 Uhr)

piranha
sozialistisches Jugendinfo

**KNAST:
MAUERN DURCHBRECHEN!!!**



Weitere Themen:
Hoyerswerda lies überall!
Rassismus gegen Flüchtlinge

**S o z i a l i s t i s c h e s
J u g e n d i n f o**

Herausgegeben von verschiedenen linken autonomen Jugendgruppen in der BRD. Seit 89 ein Versuch zur Vernetzung. piranha erscheint etwa alle 3 Monate. Einzelheft 3 DM. A b o : für Jugendliche 5 Ausgaben = 15 DM, VollverdienerInnen = 30 DM, für Gefangene umsonst. Geld in Briefmarken (a 0,80 DM) belegen oder überweisen: Konto Olaf Berg, 1251/45 63 47, HASPA, BLZ 200 505 50. Bestellung & Kontakt: piranha, Karolinenstr. 21/2, W-2000 Hamburg 38.

Einzelpreis: 10,- öS, Abopreise: 10 Nummern: 96,-öS; 20 Nummern 190,-öS; 10-Nummern-Abos außerhalb Österreichs: 150,-öS. Abo-Bestellungen mittels Einzahlung des Abo-Preises auf das Konto P.S.K.7547212

OFFENLEGUNG GEMÄSS §25 MEDIENGESETZ

Das TATblatt ist zu 100% Eigentum der Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt.

Grundlegende Richtung: Scharf links und dann immer im Kreis

IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11 **Telefon:** (0222) 56 80 78. **Konto:** P.S.K. 7547 212 **DVR-Nr.** 0558371 **Druck:** Eigendruck
Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.

Betrifft: TATblatt

Viel ist zweifellos nicht geschehen seit dem letzten TATblatt auf dieser schönen Erde (sehen wir nur mal kurz vom endgültigen Zerfall der Sowjet-Union, den Kriegen in Jugoslawien

und anderswo, den neuesten Gesetzesnovellen usw ab). Das TATblatt bleibt vom Weltgeschehen wie immer unbeirrt unbeeinflusst und so hat dieses TATblatt magere 12 Seiten (plus

einer Extraseite über den Uni-Aktionstag, falls sie noch rechtzeitig fertig geworden sein sollte), also grad die Hälfte von sonst.

Die Kargheit dieser TATblatt-Ausgabe ist ein Produkt mehrerer unglücklicher Faktoren, die da sind: 1.) Wir sind zu wenig Leute! 2.) Wir bau(ten unser Büro um. Die damit zusammenhängenden Arbeiten sind im Zuge der unter 1. angeführten Gründe nicht rechtzeitig fertig geworden. Vielmehr ziehen sie sich einigermassen endlos dahin. Das wiederum bindet die Arbeitskraft der verbliebenen Kollektivmitglieder und verhindert so die ungehemmte Zeitungsproduktion. 3.) Interne Wickle und Streitereien (nicht zuletzt wegen allgemeiner Überarbeitung gemäß Punkt 2 und 3) trübten in letzter Zeit das Betriebsklima, was zu einer Produktivitätsminderung führte, die nur mangelhaft durch Mehrarbeit kompensiert werden konnte.

Aber keine Sorge: Ab dem nächsten TATblatt soll alles wieder normal werden. Spätestens im März soll es dann sogar besser werden. Denn: Die TATblatt-Reform steht vor der Tür. Die dafür notwendigen baulichen Vorbereitungen sind nun nahezu abgeschlossen (danke eurer überraschend großen Spendenfreudigkeit konnten wir auch schon etliches davon bezahlen! Danke!). Die geplante Auslagerung einiger besonders fader Arbeiten (Zusammenlegen,...) erfordert aber noch eine Erhöhung der laufenden Einnahmen, die durch eklatante Auflagensteigerung, die neue Solisteuer oder widrigenfalls durch eine Preiserhöhung Anfang März erreicht werden soll. Mehr dazu könnt ihr im Kasten nachlesen. (Apropos Preiserhöhung: Wenn ihr der drohenden Gefahr einer Preissteigerung vorbeugen wollt, könnt ihr rechtzeitig vorher euer Abo zum alten Preis verlängern! Aber husch-husch! Morgen kann es bereits zu spät sein!) Die Rubrik "Was fehlt" fehlt selbstverständlich auch in diesem TATblatt. Sie würde entweder Seiten füllen oder wäre unweigerlich zur Unvollständigkeit verdammt. Ebenso fehlen die Termine, und vieles vieles andere.

*In diesem Sinne viel Glück und Sägen im neuen Jahr! Möge endlich alles besser werden, oder zumindestens nicht gar so viel schlimmer!
Ganz viel Liebe und Kraft miteinander!*

Einer vom TATblatt-Kollektiv

Was wir uns weiterhin sehnlichst wünschen:

*** massigst Geld: Durch unsere Spendenkampagne haben wir zwar schon**

69.750,-

erhalten, doch wie ihr sicher aus den letzten TATblättern wißt, brauchen wir rund 100.000,- um überlebensnotwendige Investitionen durchzuführen.

Deshalb weiter der dringende Aufruf an euch:

Wir brauchen dringend Spenden, Abos...

*** jede Menge HandverkäuferInnen in jeder Stadt und jedem Dorf!**

Ihr bekommt 5,- pro verkauftem Exemplar

Abzuholen sind die Zeitungen jeden Dienstag ab 18 Uhr, bzw. jeden Donnerstag ab 19 Uhr (Plenumstermin) bei uns im Büro (Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien, Tel.: 56 80 78). Oder einfach anrufen und dann vorbeischaun.

Leuten aus den Bundesländern schicken wir das TATblatt mit der Post. Also einfach anrufen oder schreiben wieviel Exemplare pro Nummer ihr haben wollt.